

03. Mai 2010



## Pressemeldung

### Den Skandal „Kinderarmut in NRW“ nicht länger hinnehmen!

Das NRW Bündnis „Zur Bekämpfung der Kinderarmut“ bestehend aus Arbeiterwohlfahrt, Deutschem Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Kinderschutzbund und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband appelliert an die Bürgerinnen und Bürger bei der Landtagswahl am 9. Mai 2010 die Aussagen der Parteien genau zu prüfen, um dann durch ihre Stimme auch einen Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut zu leisten.

Trotz des bereits 2007 abgegebenen Bekenntnisses der Landesregierung zu einer besonderen Verantwortung für die von Armut und Not betroffenen Kinder ist in NRW nach wie vor jedes vierte Kind von Armut betroffen. Insgesamt leben noch immer fast 800.000 unter 18-jährige in Armutsfamilien. Für die betroffenen Kinder bedeutet Armut neben der materiellen Entbehrung häufig auch soziale Isolation, hohes Krankheitsrisiko und die Gefahr des Scheiterns im Bildungssystem.

Unsere Gesellschaft ist auch zukünftig auf jedes gut ausgebildete Kind angewiesen. Kinderarmut und mangelnde Bildung verursachen so auch zusätzlich großen volkswirtschaftlichen Schaden.

Das NRW Bündnis „zur Bekämpfung der Kinderarmut“ stellte im August 2009 ein gemeinsames Memorandum vor. Danach ist das Problem der Kinderarmut im nationalen Rahmen nur durch ein abgestimmtes Bildungs-, Sozialstaats- und Finanzierungskonzept lösbar. Den Schlüssel zu Problemlösungen sieht das Bündnis in einer existenzsichernden Grundsicherung für alle Kinder in Deutschland, in einer präventiven Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems sowie in der Begleitung von Risikofamilien durch Präventionsketten von der Geburt bis zum Eintritt ins Berufsleben.



die lobby für kinder



Die bisherige Gestaltung der Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik durch die Landesregierung für eine nachhaltige Bekämpfung der Kinderarmut ist nicht ausreichend. Dies gilt auch für Einzelmaßnahmen wie z. B. das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“.

Von einer zukünftigen Landesregierung erwartet das Bündnis, dass grundlegende Reformen, wie sie im gemeinsamen Memorandum gefordert werden, endlich auch angegangen werden.

Zur Bekämpfung und Linderung der aktuellen Not von armen Kindern fordert das Bündnis direkt nach der Landtagswahl ein Sofortprogramm der neu gewählten Landesregierung. Dieses darf sich nicht auf freiwillige Maßnahmen reduzieren sondern muss Rechtsansprüche für arme Kinder und ihre Familien formulieren

Anlage: [Memorandum](#)